

Sitzungsvorlage

(Amt - Aktenzeichen)

FB 7 / Th

Vorlagen-Nr. 0906/2004-2009

Zur Sitzung

Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss

13.03.2007 öffentlich

Entscheidung

Beratungs-
gegenstand

Straßenvollausbau der Straße "Rheinstraße" von Blumsgasse bis Uferstraße in
Lülsdorf

Haushaltsmittel
vorhanden

- ja
 nein
 entfällt

Wenn ja
Haushaltsstelle:
6300.9543.9

Wenn nein
Deckungsvorschlag:

Stellungnahme Kämmerer:

Sachverhalt:

Im Straßenbauprogramm (Beschluss des Bauausschusses vom 22.11.2005, TOP 4) ist für das Jahr 2007 der Ausbau der Rheinstraße in Niederkassel-Lülsdorf zwischen Blumsgasse und Uferstraße vorgesehen.

Die Vorplanung für den Straßenausbau ist dem Ausschuss in seiner Sitzung am 31.01.2007 (TOP 2) vorgestellt worden. Der Ausschuss hat die Vorplanung zustimmend zur Kenntnis genommen und die Verwaltung beauftragt, die Bürgeranhörung durchzuführen.

Die Bürgeranhörung hat am Dienstag, dem 27.02.2007 um 18.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses stattgefunden. Insgesamt nahmen 35 Bürger/innen teil. Den Anwesenden wurden von Herrn Dipl.-Ing. Gieshold (Planungsbüro Gieshold) die anstehende Kanalsanierung und sodann die Straßenausbauplanung erläutert.

Im Anschluss daran ergab sich eine rege Diskussion über die Art und Weise des Ausbaus der Straße und die damit verbundenen Kosten. Die Verwaltung legte dar, dass es sich bei der Rheinstraße nach ihrer Auffassung um eine Haupteinfahrtsstraße handelt. Die Verwaltung erklärte darüber hinaus, dass die Kosten für die Herstellung und Gestaltung der Platzfläche nicht zum beitragsfähigen Aufwand gehören.

Abschließend ist festzuhalten, dass die Anwesenden mit der vorgestellten Planung grundsätzlich einverstanden waren. Lediglich ein einzelner Anwohner bat um Prüfung, ob die Gehwege in Schwarzdecke hergestellt werden könnten. Die übrigen in der Bürgeranhörung angesprochenen Einzelprobleme werden von der Verwaltung mit den Eigentümern besprochen.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss nimmt das Ergebnis der Bürgeranhörung zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt den Ausbau auf der Grundlage der im Ausschuss vorgestellten

Vorplanung fortzuführen. Die Gehwege werden wie geplant in Betonsteinpflaster hergestellt.

Anlagen:

Niederschrift über die Bürgeranhörung